

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Marlene Mortler, Klaus Brähmig, Josef Göppel,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
sowie der Abgeordneten Horst Meierhofer, Jens Ackermann, Angelika Brunkhorst,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/2478 –**

Tourismus und Landschaftspflege verknüpfen – Gemeinsam die Entwicklung ländlicher Räume stärken

A. Problem

Mit ihrem Antrag setzen sich die Fraktionen der CDU/CSU und FDP für eine engere Zusammenarbeit von Naturschutz, Landwirtschaft und Tourismus ein. Deutschland sei nicht nur ein bedeutender internationaler Tourismusstandort, sondern auch ein beliebtes Reiseziel unserer Bevölkerung. Nahe gelegene Urlaubsregionen im Inland gewönnen an Bedeutung, da immer mehr Erholungssuchende heutzutage öfter Kurzreisen unternehmen würden. Neben einer touristischen Infrastruktur, gutem Service und regionaltypischer Verpflegung erwarten die Gäste eine vielfältige Kulturlandschaft. Viele dieser attraktiven Landschaften seien gefährdet, was insbesondere für die Mittelgebirge mit ihren schwer zu bewirtschaftenden Böden gelte.

Tourismus, Landwirtschaft und Landschaftspflege könnten hier gemeinsam gesteuert werden. Kulturlandschaften seien das Ergebnis jahrhundertelanger Landbewirtschaftung. Diese gepflegten naturnahen Landschaften mit unverwechselbaren Eigenarten schafften eine besondere Grundlage für einen erfolgreichen Tourismus.

Die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung daher auf, die Sicherung artenreicher und attraktiver Landschaften über das Nationale Naturerbe, die bestehenden Nationalparke, Biosphärenreservate und Naturparke sowie das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ auch im Interesse einer nachhaltigen Tourismusentwicklung in Deutschland über verstärkte, freiwillige Kooperationen mit den Grundeigentümern und Landwirten vor Ort weiter zu unterstützen. Die bisher nur begrenzt vorhandenen naturtouristischen Angebote gelte es zu verstärken, um die Wirtschaftsentwicklung in strukturschwachen ländlichen Regionen zu unterstützen sowie zur Umweltbildung und -erziehung beizutragen. Die Koalitionsfraktionen regen ferner an, die Zusammenarbeit von Grundeigentümern und Bauern vor Ort mit Tourismus und Naturschutz zu fördern, wie sie etwa in Landschaftspflegeverbänden praktiziert wird.

Zudem müsse die Bundesregierung bei den anstehenden Diskussionen über die Weiterentwicklung der EU-Politik nach dem Jahr 2013 für die Fortführung von Agrarumweltprogrammen und Vertragsnaturschutz sowie für die Ausgleichszulage eintreten. Im Rahmen von Modellvorhaben sollten ferner naturtouristische Angebote entwickelt werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Ablehnung des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/2478 anzunehmen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Der Ausschuss für Tourismus

Klaus Brähmig
Vorsitzender

Marlene Mortler
Berichterstatterin

Heinz Paula
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Kornelia Möller
Berichterstatterin

Markus Tressel
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Heinz Paula, Horst Meierhofer, Kornelia Möller und Markus Tressel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/2478** in seiner 62. Sitzung am 30. September 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Den Antrag auf Drucksache 17/2478 haben der **Haushaltsausschuss** in seiner 40. Sitzung am 1. Dezember 2010, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** in seiner 32. Sitzung am 1. Dezember 2010, der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** in seiner 26. Sitzung am 1. Dezember 2010 und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 27. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten. Die Ausschüsse empfehlen einheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 17/2478 in seiner 21. Sitzung am 1. Dezember 2010 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag anzunehmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob noch einmal hervor, Ziel des Antrags sei es, dass sich nicht nur die großen Städte, sondern auch die ländlichen und strukturschwachen Räume durch zusätzliche wirtschaftliche Impulse aus dem Tourismus weiterentwickelten. Städtetourismus sei im Wesentlichen ein Selbstläufer, doch der Landtourismus bedürfe der politischen und gesellschaftlichen Unterstützung. Es gelte, Tourismus und Landschaftspflege zu verknüpfen. Beide Wirtschaftszweige brauchten einander. Tourismus trage dazu bei, dass sich Landbewirtschaftung weiter lohne, eine gepflegte Landschaft sei auf der anderen Seite aber elementare Grundlage für den Tourismus. Wichtig war der Fraktion der Hinweis darauf, dass eine gepflegte Landschaft in erster Linie das Verdienst der Bauern sei, die diese Kulturlandschaft nicht nur pflegten und gestalteten, sondern auch nutzten, um von den Erträgen zu leben. Qualitativ hochwertige heimische Produkte würden nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch von den Touristen zunehmend geschätzt und nachgefragt. Daher sei es auch wichtig, bei der Diskussion um die Fortentwicklung der EU-Landwirtschaftspolitik als vorrangiges Ziel die Sicherung der Zukunft des ländlichen Raumes im Auge zu behalten. Agrarumweltprogramme und Vertragsnaturschutz sowie die Ausgleichszulage seien wich-

tige Instrumente zur Stärkung des Tourismus in ländlichen Gebieten.

Die **Fraktion der SPD** hielt dem entgegen, dass der vorliegende Antrag nur ein dünner Aufguss gewesen sei, was in der großen Koalition in der vergangenen Wahlperiode schon beschlossen worden sei mit den Anträgen „Nationale Naturlandschaften – Chancen für Naturschutz, Tourismus, Umweltbildung und nachhaltige Tourismusentwicklung“ aus dem Jahr 2006 und „Unsere Verantwortung für die ländlichen Räume“ aus dem Jahr 2007. Es sei zudem zu kurz gegriffen, wenn die Antragsteller ländliche Räume nur einseitig als Wirkungsfeld agrarischer Prozesse verstünden. Sinnvoll sei vielmehr ein ressortübergreifender Politikansatz, der sich an den Menschen vor Ort orientiere und eine integrierte ländliche Entwicklung unterstütze. Wenn sich die Koalition aus CDU, CSU und FDP aber als Anwalt des ländlichen Raumes präsentiere, dann dürfte sie auf der anderen Seite nicht die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ um 100 Mio. Euro sowie die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ um 10 Mio. Euro kürzen. Die Kürzung dieser zentraler Förderinstrumente ländlicher Räume lehne die SPD-Fraktion mit Nachdruck ab. Im Ergebnis sei der vorliegende Antrag als unzureichend bzw. überflüssig abzulehnen. Richtigerweise müssten die beiden vorgenannten Anträge aus den Jahren 2006 und 2007 konsequent umgesetzt werden.

Der **Fraktion der FDP** war der Hinweis wichtig, dass Tourismus wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig auf eine intakte Umwelt angewiesen ist. Ausdruck des Umweltschutzes seien auch die zahlreichen National- und Naturparke in Deutschland. Viele dieser Parke wären ohne Aussicht auf eine durch den Tourismus zu erwartende Wirtschaftsentwicklung nie gegründet worden. So verstanden hingen Naturschutz und Tourismus eng zusammen, denn es gehe nicht darum, die Menschen aus irgendwelchen Gebieten auszusperren, sondern den Urlaubern den Wert des Naturschutzes nahezubringen. Tourismus in Abstimmung mit einem naturschutzfachlichen Konzept fördere die wirtschaftliche Entwicklung und trage auch zum Landschafts- und Artenschutz bei.

Die **Fraktion DIE LINKE.** lehnte den Antrag ab, weil dieser sowohl in seinem Feststellungs- als auch in seinem Forderungsteil zu unkonkret sei. Ein Antrag, der es mit der Verbindung von Tourismus und Landschaftspflege ernst meine, müsse Verbindlichkeiten schaffen. Zu nennen wäre da beispielsweise die Erweiterung der Investitionsförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ unter Einbeziehung der Barrierefreiheit als wichtigstes Element des Qualitätstourismus im ländlichen Raum oder ein Innovationsprogramm für Angebote im Landtourismus. In dem Antrag fehlten jedoch solche konkreten konzeptionellen Überlegungen völlig; vielmehr verharre er im Bereich schwammig gehaltener Freiwilligkeiten. Zudem ignoriere der Antrag völlig die aktuelle Entwicklung in der Landwirtschaft, die hin zu einer

Industrialisierung gehe, was für Natur und Umwelt und damit auch für den naturorientierten Tourismus fatale Auswirkungen habe. Die Fraktion DIE LINKE. schlug vor, den Antrag zurückzuziehen und einen neuen interfraktionellen Antrag zu erarbeiten, der dann halte, was der Titel verspreche.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte den Ansatz des Antrags, Tourismus und Landschaftspflege miteinander zu verknüpfen. Allerdings passten die Forderungen nur teilweise zur Situationsanalyse des Einleitungsteils. Es fehle an Verbindlichkeiten und damit letztlich an Stimmigkeit. Für eine verstärkte Kooperation mit Grundeigentümern und Bauern vor Ort müssten erst einmal die finanziellen Rahmenbedingungen hergestellt werden. In den Bundeshaushalt seien dafür aber keine Mittel eingestellt worden. Auch bei den bäuerlichen Strukturen müsse dringend umgesteuert werden. Die derzeitige Agrarförderstruktur helfe in erste Linie industriellen Agrargroßbetrieben. Nach 2013 müsse es eine Kehrtwende im jetzigen Agrarfördersystem geben. Dies sei im Interesse vieler kleiner landwirtschaftlicher Betriebe, unserer Kulturlandschaft und damit auch der touristischen Entwicklung nötig. Keine Branche lebe so sehr von intakten Naturräumen wie der Tourismus. Die finanziellen Mittel hierzu könnten durch eine Umstrukturierung der ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU freigemacht werden. Im Interesse einer Kopplung der Landschaftspflege mit der touristischen Entwicklung der ländlichen Regionen würde auch die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** eine gemeinsame Überarbeitung und Konkretisierung des Antrags begrüßen. In dieser Form aber sei der Antrag abzulehnen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Marlene Mortler
Berichterstatlerin

Heinz Paula
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Kornelia Möller
Berichterstatlerin

Markus Tressel
Berichterstatter

